BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg
Beschluss des Landesvorstands vom 24. April 2006

Grüne

Forderung nach einem landesweiten Abschiebestopp in Brandenburg

Sachlage

Es gibt in Brandenburg mehrere Tausend Menschen, die zwar langjährig geduldet sind, aber keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben. Sie leben mit der ständigen Bedrohung, eventuell kurzfristig abgeschoben zu werden. Es wird erwartet, dass die im November tagende Innenministerkonferenz sich auf eine Bleiberechtsregelung für diese sog. ‚Altfälle' verständigt. Angesichts dessen hat Berlins Innensenator Körting im Juni 2006 für langjährig geduldete Flüchtlingsfamilien einen bis 31.12. befristeten Abschiebestopp verfügt. Die Stadt Potsdam hat sich Ende Juli diesem Abschiebestopp angeschlossen, sowie beschlossen, die Ermessensspielräume des Aufenthaltsgesetzes dahingehend zu nutzen, lange hier lebenden und ‚integrationswilligen' Flüchtlingsfamilien ein dauerhaftes Bleiberecht aus humanitären Gründen zu gewähren.

Dieses Vorgehen stieß auf scharfe Kritik Schönbohms. Er sieht keine Notwendigkeit, auf Landesebene einen Abschiebestopp auszusprechen (3.8.06).

Einen landesweiten Abschiebestopp hat Jann Jakobs angeregt. Almuth Berger, das Diakonische Werk u.a. haben ihn gefordert. Darüber hinaus hat der Flüchtlingsrat Brandenburg am 31.8. ein dauerhaftes Bleiberecht für integrierte Ausländer gefordert.

Beschlusstext

Der Brandenburgische Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert den Innenminister Jörg Schönbohm auf, einen sofortigen landesweiten Abschiebestopp für langjährig hier lebende Flüchtlingsfamilien sowie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auszusprechen.

Darüber hinaus erwarten wir von der Brandenburger Landesregierung, sich schon im Vorfeld der im November tagenden Innenministerkonferenz dafür einzusetzen, dass auf dieser eine Bleiberechtsregelung verabschiedet wird, die langjährig hier lebenden und integrationswilligen Flüchtlingen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewährt und die ‚Kettenduldungen' endlich beendet.

Für eine ernst gemeinte Integrationspolitik ist eine solche Bleiberechtsregelung unerlässlich.